



Stadtsparkasse Rheine

Bericht zum
Geschäftsjahr 2007

155. Geschäftsjahr

Stadtsparkasse Rheine

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsstellen

HAUPTSTELLE		Kardinal-Galen-Ring 33
GESCHÄFTSSTELLE 1	„Emstor“	Osnabrücker Straße 69
GESCHÄFTSSTELLE 2	„Dorenkamp“	Windthorststraße 31
GESCHÄFTSSTELLE 3	„Südesch“	Hemelter Straße 77
GESCHÄFTSSTELLE 4	„Schotthock“	Bonifatiusstraße 81 - 83
GESCHÄFTSSTELLE 5	„Eschendorf“	Osnabrücker Straße 272
GESCHÄFTSSTELLE 6	„Wietesch“	Salzbergener Straße 100
GESCHÄFTSSTELLE 11	„Mesum“	Alte Bahnhofstraße 13 a
SB-GESCHÄFTSSTELLE	„Altenrheine“	Lambertiring 2
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Westpark“	Felsenstraße 3
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Hauenhorst“	Mesumer Straße 23
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Elte“	Ludgerusring 39

Der Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Die Sparkasse ist Mitglied des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. in Bonn angeschlossen.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SPARKASSE

	2006 TEUR	2007 TEUR	Veränderungen in 2007 TEUR %	
Bilanzsumme	994.450	975.398	- 19.052	- 1,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Spareinlagen	280.701	220.768	- 59.933	- 21,4
Sparkassenbriefe	42.795	90.527	47.732	111,5
Inhaberschuldverschreibungen	9.917	6.213	- 3.704	- 37,4
Sparmittel insgesamt	333.413	317.508	- 15.905	- 4,8
Sichteinlagen	169.169	177.626	8.457	5,0
Befristete Einlagen	47.711	49.250	1.539	3,2
Sonstige Einlagen insgesamt	216.880	226.876	9.996	4,6
Gesamteinlagen	550.293	544.384	- 5.909	- 1,1
Forderungen an Kunden				
Kontokorrent- und Akzeptkredite	33.428	33.162	- 266	- 0,8
Wechseldiskontkredite	493	86	- 407	- 82,6
Kommunalدارlehen	13.819	10.797	- 3.022	- 21,9
Wohnungsbaudarlehen	387.240	386.393	- 846	- 0,2
Sonstige Darlehen	107.392	110.521	3.129	2,9
Weiterleitungsdarlehen	63.626	74.765	11.139	17,5
Avalkredite	13.731	15.235	1.504	11,0
Treuhanddarlehen	434	372	- 62	- 14,3
Gesamtkreditvolumen	620.161	631.331	11.170	1,8

LAGEBERICHT

Sparkasse

Gründung und Sitz	Die Stadtparkasse Rheine mit Sitz in Rheine wurde im Jahr 1852 gegründet.
Handelsregistereintragung	Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nr. A 3488 im Handelsregister eingetragen.
Rechtsform und Verbandszugehörigkeit	Die Sparkasse ist gemäß § 2 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Pflichtmitglied des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, Münster (WLSGV), und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.
Träger	Träger des Instituts ist die Stadt Rheine.
Satzungsrechtliches Geschäftsgebiet	Geschäftsgebiet ist das Gebiet der Stadt Rheine, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Landkreise.
Mitgliedschaft im Einlagensicherungssystem	Das Unternehmen ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem gewährleistet, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen. Daneben besteht für die Sparkassen in Westfalen-Lippe zusammen mit der WestLB AG ein zusätzlicher Reservefonds auf regionaler Ebene.
Geschäftsstellen	Die Sparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet an insgesamt 12 Standorten vertreten. Davon sind vier SB-Geschäftsstellen, von denen drei in Kooperation mit der Volksbank Nordmünsterland eG betrieben werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2007

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Mit einem Plus von 3,7 % wuchs die Weltwirtschaft 2007 nur geringfügig schwächer als im Vorjahr (3,9 %). In China erhöhte sich die konjunkturelle Dynamik erneut und in anderen Schwellenländern war ebenfalls eine kräftige Expansion zu verzeichnen. Europa erwies sich im Vergleich zu 2006 als stabil, hingegen verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA sowie in Japan spürbar.

Die Weltkonjunktur wurde noch zum Jahresbeginn 2007 durch die im historischen Vergleich relativ günstigen monetären Rahmenbedingungen unterstützt. Allerdings führten die Zinsanhebungen der großen Zentralbanken im weiteren Verlauf zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen.

Seit Ende Juli 2007 schlugen sich die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten in einer erhöhten Volatilität auf den Kreditmärkten nieder. Ausgelöst durch Zahlungsausfälle im subprime-Bereich, vor allem für US-amerikanische Wohnungsbaudarlehen, wurden mit Hypothekenkrediten besicherte Wertpapiere in ihrer Bonität herabgestuft. In der Folge kamen der Handel und die Refinanzierung dieser strukturierten Produkte nahezu zum Erliegen. Die Verunsicherung über die Ausfallrisiken und die Preisfindung dieser Papiere führte ab Mitte August zu Liquiditätsengpässen an den Geldmärkten. Die Zentralbanken der großen Wirtschaftsräume stellten daraufhin den Geldmärkten zusätzliche Liquidität zur Verfügung und setzten damit ihren kontraktiven geldpolitischen Kurs aus. Während die Europäische Zentralbank ihre signalisierte Zinserhöhung verschob, senkte die Federal Reserve Bank ihren Leitzins.

Die allgemein gestiegene Verunsicherung verursachte Turbulenzen in anderen Bereichen des Finanzsektors. So kam es weltweit temporär zu erheblichen Kursverlusten auf den Aktienmärkten, die sich zum Jahresende wieder normalisierten, aber im Verlauf des Januar 2008 wieder aufbrachen.

Diese Unruhe an den Finanzmärkten spiegelte die Furcht wieder, dass die amerikanische Wirtschaft in eine Rezession abgleiten und sich in anderen Weltregionen, darunter auch Europa, das Wirtschaftswachstum spürbar abschwächen könnte.

Die konjunkturelle Entwicklung im Euro-Raum war im Jahr 2007 durchweg erfreulich. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes von 2,6 % fiel ähnlich aus wie im Vorjahr. Die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern verlief allerdings recht heterogen, wobei die gute konjunkturelle Lage Deutschlands zur wirtschaftlichen Expansion in Europa beitrug.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die mit 3,0 Prozentpunkten größte Mehrwertsteuererhöhung in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat die konjunkturelle Entwicklung zwar gebremst, aber nicht zu einem Ende des Aufschwungs geführt. Der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 2,6 % lag nur um 0,3 %-Punkte unter dem Wert des Vorjahres. Die konjunkturelle Dynamik wurde dabei sowohl von der ausländischen als auch von der inländischen Nachfrage getrieben.

Aufgrund der sehr guten Ertragslage der Unternehmen und der damit einhergehenden hohen Innenfinanzierungsquote vermochten bislang weder die Straffung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im ersten Halbjahr, noch die Volatilität auf den Finanzmärkten die Investitionen nachhaltig zu dämpfen.

Der infolge der Mehrwertsteuererhöhung rückläufige private Verbrauch erholte sich jedoch nur zögernd. Allerdings wurde er maßgeblich gestützt durch die stetige Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, denn gegenüber dem Vorjahr wurden ca. 700.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Die verfügbaren Einkommen erhöhten sich um 2,1 % und die Inflationsrate stieg auf 2,7 %.

Finanzmärkte und Kreditwirtschaft

Die von der Europäischen Zentralbank auch über den Jahreswechsel 2006/2007 hinaus zunächst verfolgte Politik der schrittweisen Anhebung der Zinssätze wurde durch die subprime-bedingten Turbulenzen abrupt unterbrochen. Angesichts zunehmender, konjunktureller Risiken in den USA nahm die amerikanische Notenbank Fed den Leitzins zurück, im Januar 2008 innerhalb weniger Tage gleich zweimal um insgesamt 1,25 %-Punkte. Aufgrund der stabileren wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa verhielt sich die Europäische Zentralbank abwartend, nahm aber die ursprünglich erwarteten weiteren Zinserhöhungen nicht vor.

Die Verflachung der Zinsstrukturkurve setzte sich soweit fort, dass es im Jahresverlauf zeitweise nur marginale Unterschiede zwischen den kurz-, mittel- und langfristigen Zinsen gab bzw. deutlich inverse Zinsstrukturen erkennbar waren.

Grundzüge der regionalen Wirtschaftsentwicklung im Geschäftsgebiet der Sparkasse

Die positive Einschätzung, mit der die Unternehmen nach den Erkenntnissen der IHK im Bezirk Nord-Westfalen in das Jahr 2007 gegangen sind, haben sich voll bestätigt. Die konjunkturellen Belastungen aus der Euroaufwertung sowie den höheren Energie- und Rohstoffpreisen konnten bislang gut verkraftet werden. Am Scheitelpunkt der Konjunktur erweist sich die Wirtschaft in Nord-Westfalen als bemerkenswert robust und widerstandsfähig. Der IHK-Konjunkturklimaindikator bleibt mit 126 Punkten auf dem hohen Niveau des Jahresanfangs.

Das anhaltend freundliche Wirtschaftsklima wird besonders deutlich bei der aktuellen Lageeinschätzung. Die Hälfte der Unternehmen hält diese für gut, 42 % geben die Note befriedigend. Nicht einmal jeder zehnte Betrieb ist mit der eigenen Situation unzufrieden. Dies in der Gesamtschau erfreuliche Ergebnis unterstreicht die Widerstandskraft der mittelständischen Unternehmen in der Region. Zwei Bereiche verspüren allerdings nach wie vor weniger von dem konjunkturellen Rückenwind, der Einzelhandel und das Baugewerbe.

Die Mehrheit der Unternehmen schaut mit Zuversicht auf das Jahr 2008. Dennoch sehen sie für die weitere konjunkturelle Entwicklung gestiegene Risiken durch den Dollarkurs, die Energiepreise und die Folgen der amerikanischen Hypothekenkrise.

Geschäftspolitische Strategie der Sparkasse

Darstellung des Unternehmenszwecks unter Beachtung des öffentlichen Auftrags gem. § 3 SpkG

Die Sparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des satzungsrechtlichen Geschäftsgebiets und des Trägers, zu dienen. Vornehmlich werden der Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise mit Krediten ausgestattet.

Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Geschäftsverlauf im Jahr 2007

Beurteilung des Geschäftsverlaufs insgesamt

Von der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 2007 haben der Wirtschaftsraum Rheine und die Sparkasse merklich partizipiert. Zusammenfassend betrachtet hat die Sparkasse ihre Marktstellung behauptet. Die Ausleihungen an die gewerbliche Wirtschaft sowie Freiberufler lagen deutlich im Plus. Allerdings stagnierten die Bestände der privaten Wohnungsbaufinanzierung bei hohen Tilgungsanteilen auf dem Niveau des Vorjahreswertes. Diese Entwicklung stand in direktem Zusammenhang mit der Halbierung der Genehmigungen für private Wohnungsbauvorhaben und dem Fortfall der Eigenheimzulage.

Die Zinsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie der ungebrochen heftige Wettbewerbsdruck haben erneut die Zinsspanne des Hauses belastet.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die erfreuliche Entwicklung des Kundengeschäftes lässt sich aufgrund von zwei Sondereffekten nicht in der Entwicklung der Bilanzsumme ablesen. Diese liegt mit 975,4 Mio. € um 19,1 Mio. € (1,9 %) unter der des Vorjahres. Unter Einbeziehung der Eventualverbindlichkeiten und anderer Verpflichtungen addierte sich das Geschäftsvolumen auf 1.006,0 Mio. € (- 20,5 Mio. € bzw. - 2,0 %).

Kreditgeschäft

Das Wachstum des gesamten Kreditgeschäftes mit der Kundschaft (Kundenforderungen, Treuhandkredite und Avale) war mit einem Plus von 11,7 Mio. € / 1,9 % fast im Plan und erreichte einen Gesamtbestand von 631,3 Mio. €.

An der Bilanzsumme gemessen erhöhte sich der Anteil der Kundenforderungen auf 63,2 % (2006: 61,0 %). Er unterstreicht die Bedeutung dieser Bilanzposition für das zinstragende Geschäft und damit für die Zinsspanne der Sparkasse. 71,8 % der Kundenforderungen betrafen private sowie wirtschaftlich unselbstständige Kunden, weitere 26,5 % Unternehmen und Selbstständige.

Mit 81 Mio. € waren die Auszahlungen der mittel- und langfristigen Darlehen um 8 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Die Darlehenszusagen fielen gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. € auf insgesamt 85 Mio. €. Beide Werte waren im Jahr 2007 von den gewerblichen Finanzierungen dominiert.

Wertpapiere	Durch Fälligkeiten und Verkäufe zur Rückzahlung von Refinanzierungsmitteln reduzierte sich der Bestand der eigenen Wertpapiere zum Jahresende um 44,2 Mio. € auf 225,0 Mio. €. Die Veränderung betraf vor allem die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Werte, so dass sich der Anteil des Wertpapierspezialfonds an den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren auf 76,6 % erhöhte.
Beteiligungen	Im Verlauf des Geschäftsjahres haben sich nur unwesentliche Veränderungen ergeben; 99,7 % entfallen weiterhin auf die Beteiligung der Sparkasse am Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverband. Darüber sind die Sparkassen indirekt an verschiedenen Verbundunternehmen innerhalb der € -Finanzgruppe beteiligt, so z. B. an der LBS, der Provinzial NordWest, der WestLB AG und der DekaBank.
Anteile an verbundenen Unternehmen	Hier wird weiterhin allein und ohne Veränderungen die Mehrheitsbeteiligung an der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH, Kockmann & Stadtparkasse ausgewiesen.
Einlagengeschäft	Die gute unterjährige Entwicklung der Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten) wird im Jahresendvergleich aufgrund des Aufbaus und Abflusses einer Großeinlage über den Jahreswechsel 2006/2007 zum Jahresende 2007 leider nicht sichtbar. Die Verringerung um 5,9 Mio. € auf 551,6 Mio. € ist auf diesen Sondereffekt zurückzuführen. Ansonsten wäre der Zuwachs mit rd. 2,0 % in dem geplanten Rahmen gewesen. Unabhängig davon haben sich erhebliche Umschichtungen von den Spareinlagen zu den anderen Verbindlichkeiten ergeben, wobei diese Entwicklung über die Ausgestaltung der Konditionen gesteuert wurde.
Interbankgeschäft	Die Zunahme der Forderungen an Kreditinstitute um 13,6 Mio. € auf nunmehr 87,1 Mio. € stand im Zusammenhang mit der Anlage in einem weiteren strukturierten Schuldscheindarlehen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren nach der vorzeitigen Rückzahlung eines Refinanzierungsfloaters erstmals seit vielen Jahren rückläufig, um 18,8 Mio. € auf 352,0 Mio. €. In dieser Bilanzposition werden neben den Refinanzierungs-Sparkassenbriefen auch die Weiterleitungsdarlehen geführt, die zum Jahresende 2007 um 10,2 Mio. € auf 76,6 Mio. € zugenommen haben.
Dienstleistungsgeschäft	Die unverändert starke Nachfrage nach Produkten für die Altersvorsorge führte bei den Lebens- und Rentenversicherungen erneut zu einem guten Ergebnis. Insgesamt wurden 848 Versicherungsverträge vermittelt. Mit 1.180 Bausparverträgen und einem Gesamtvolumen von rd. 29 Mio. € konnten ebenfalls bessere Zahlen als im Vorjahr geschrieben werden (1.070/27 Mio. €). Das Kundenwertpapiergeschäft bewegte sich sowohl mit dem Umsatz von 110,9 Mio. € wie auch dem Nettoabsatz von 13,1 Mio. € auf äußerst hohem Niveau. Das gilt auch für den Vergleich mit dem Vorjahr (93,0 Mio. € / 1,1 Mio. €). Gut 55 % des gesamten Umsatzes entfielen wie bereits in den Vorjahren auf Fondsanteile der DekaBank. Die für unsere Kunden verwalteten Depotwerte (einschließlich Inhaberschuldverschreibungen und sonstiger Wertpapiere) addierten sich zum Jahresende auf rd. 175,0 Mio. €.
Investitionen	Der wesentliche Teil der Investitionen wurde turnusgemäß in der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Informationstechnologie vorgenommen.

Personalbericht

Am 31.12.2007 beschäftigte die Sparkasse insgesamt 260 (2006: 263) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 233 (237) bankspezifisch Beschäftigte und 21 (20) Auszubildende.

Die auf Vollzeitkräfte umgerechnete Beschäftigtenzahl (ohne Auszubildende) reduzierte sich im Jahr 2007 um 7,5 auf 173,8. 15 Beschäftigte befanden sich zum Bilanzstichtag in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen, nach Köpfen gerechnet, ist von 246 auf 236 gesunken.

Um unseren Kunden ein attraktives Angebot unterbreiten zu können und um eine gute Beratungsqualität zu gewährleisten, nahm auch im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter/-innen einen hohen Stellenwert ein. Eine Angestellte absolvierte an der Sparkassenakademie die Fortbildung zur Sparkassenbetriebswirtin.

Vermögenslage

Das zum Jahresende ausgewiesene Eigenkapital in Form der Gewinnrücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöht sich nach Zuführung des Bilanzgewinnes auf 55,5 Mio. €. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG und angemessene stille Reserven.

Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva und Marktrisikopositionen, überschritt mit einer Gesamtkennziffer von 15,4 % am 31.12.2007 nachhaltig den im Grundsatz I vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Sparkasse verfügt über eine ausreichende Kapitalbasis für weiteres Geschäftswachstum.

Den Risiken im Kreditgeschäft sowie sonstigen Verpflichtungen wurde mit der Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen den strengen Bewertungsmaßstäben entsprechend Rechnung getragen.

Die Bewertung der festverzinslichen Wertpapiere und Genussscheine des Anlagebestandes erfolgte zu Anschaffungskosten. Waren die Kurswerte am Bilanzstichtag niedriger, wurden die Abschreibungen bis maximal zum Rückzahlungsbetrag vorgenommen. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Das gilt auch für Forderungen in Verbindung mit strittigen Umlagen sowie in diesem Zusammenhang gebildete Rückstellungen für Prozesskosten. Daneben besteht eine besondere zusätzliche Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Finanzlage

Aufgrund der angemessenen Liquiditätsvorsorge war die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Der Liquiditätsgrundsatz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht konnte stets eingehalten werden. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten. Die Liquiditätskreditlinie bei der WestLB AG wurde zeitweise in Anspruch genommen, die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank dagegen nicht.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge stellt sich im Berichtsjahr wesentlich schwächer dar als in 2006. Ursache dafür war neben dem intensiven Wettbewerb und der flachen Zinsstruktur vor allem der erst im Januar 2008 bekannt gewordene Kapitalbedarf der WestLB AG aus fehlgeschlagenen Differenzgeschäften im Wertpapierhandel sowie Bewertungsbedarf in subprime-Engagements amerikanischer Werte.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

	2006	2007	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	22.572	20.053	- 2.519	- 1,2
Provisionsüberschuss	5.596	5.644	+ 48	+ 0,9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	---	---	---	---
Sonstige betriebliche Erträge	785	747	- 38	- 4,8
Summe der Erträge	28.953	26.444	- 2.509	- 8,7
Personalaufwand	11.958	10.715	- 1.243	- 10,4
Anderer Verwaltungsaufwand	4.734	8.169	+ 3.435	+ 2,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.566	1.612	+ 46	+ 2,9
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	10.695	5.948	- 4.747	- 44,4

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nrn. 1 bis 3
Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nrn. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nrn. 11, 12

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss, der sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mio. € auf 20,1 Mio. € reduziert hat. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme ging die Zinsspanne von 2,16 % auf 1,97 % zurück.

Aufgrund der guten Ergebnisse im Vermittlungs- und Kundenwertpapiergeschäft verzeichnete der Provisionsüberschuss erneut eine leichte Zunahme.

Der Personalaufwand bildete sich um 1,2 Mio. € zurück, weil erhebliche Einsparungseffekte durch die Altersteilzeit wirksam und die kapitalmarktbedingte Aufstockung der Pensionsrückstellungen in 2006 abgeschlossen wurden.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen nahmen um 3,4 Mio. € zu, weil die bereits im Vorjahr gebildete Rückstellung im Zusammenhang mit strittigen Umlagen auch wegen weiterer aktueller Kapitalbedarfe der WestLB AG über den Reservefonds des WLSGV um 3,7 Mio. € erhöht werden musste.

Wegen der Rückstellungen in Sachen WestLB AG konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB gegenüber den beiden Vorjahren nur mit einem wesentlich geringeren Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € dotiert werden. Diese Erhöhung des Eigenkapitals wird in der Gewinn- und Verlustrechnung vor Ermittlung des Jahresüberschusses berücksichtigt und ist weiterer Eigenkapitalbestandteil im Sinne des KWG.

Der Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft und bei den eigenen Wertpapieren war gegenüber dem Vorjahr geringer.

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang:

	2006	2007	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	10.695	5.948	- 4.747	- 44,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken (gem. § 340 g HGB)	2.500	1.500	- 1.000	- 40,0
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	4.222	2.698	- 1.524	- 36,1
Ergebnis vor Steuern	3.973	1.750	- 2.223	- 56,0
Steueraufwand	2.141	1.728	- 413	- 19,3
Jahresüberschuss / Bilanzgewinn	1.832	22	- 1.810	- 98,8

Ertrag bzw. Aufwendungen aus
Bewertung u. Risikovorsorge:

GuV-Posten Nrn. 14, 16 und 17

Nach der entsprechend § 340f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnung beläuft sich der Aufwand für die Bewertung und die Risikovorsorge auf 2,7 Mio. €. Dies ist mit der günstigen Entwicklung bei den Kreditausfallrisiken zu erklären.

Wegen des niedrigeren Ergebnisses vor Steuern reduziert sich auch der Steueraufwand gegenüber den Vorjahren auf 1,7 Mio. €.

Aus dem gleichen Grund wird zum Jahresende nur ein Bilanzgewinn von 22 T€ ausgewiesen, das sind rd. 1,8 Mio. € weniger als im Vorjahr.

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung des Ergebnisses im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in den vorgenannten Tabellen aufgeführten Aufwendungen und Erträge um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung einem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in absoluten Zahlen um rd. 1,1 Mio. € auf 9,1 Mio. € reduziert. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme ergibt sich für diese wichtige Steuerungsgröße ein Wert von 0,91 % nach 1,03 % im Jahr 2006. Die zu Beginn des Berichtsjahres prognostizierte Quote wurde leicht überschritten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung als wesentliche Maßgröße der Ertragskraft liegt weiterhin unterhalb des Durchschnitts von Sparkassen vergleichbarer Größenordnung in Westfalen Lippe. Es ermöglicht aber nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses erneut die angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Ausgangsbasis für die künftige Geschäftsentwicklung.

Für das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen ergibt sich aus den bereinigten Werten der Erfolgsrechnung auf Grundlage des Betriebsvergleichs eine Quote von 64,5 % nach 62,5 % im Vorjahr. Die Personalaufwendungen machten im Berichtsjahr 41,6 % der Erträge aus, im Jahr 2006 waren es 40,1 %.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich die wirtschaftliche Position der Sparkasse auch künftig geordnet dar und bietet eine stabile Ausgangsbasis für eine weitere positive Entwicklung.

Ziele und Strategien des Risikomanagements

Der Vorstand der Sparkasse hat in Rahmengrundsätzen für das Risikomanagement die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse festgelegt. Die Sparkasse schätzt sich als risikoneutral ein, da gemäß der geschäftspolitischen Zielsetzung der Sparkasse Risiken bei günstigem Chance- / Risikoprofil bewusst eingegangen werden, wohingegen bei ungünstigerem Chance- / Risikoprofil eine Kompensation oder Verminderung der Risiken erfolgt. Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie anhand des jährlich vom Vorstand vorzulegenden Risikogesamtberichts zur Kenntnis.

Risikomanagement- system

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken haben wir ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG.

Der Vorstand ist für die Festlegung der Risikostrategien in den Geschäftsfeldern und für die Entwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich.

Für das Kreditgeschäft und für die Handelsgeschäfte ist die nach den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) erforderliche Funktions-trennung bis in die Ebene des Vorstands umgesetzt.

Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern ihr Risikogehalt beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen.

Die Innenrevision prüft in regelmäßigen Abständen das eingerichtete Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Risikomanagement- prozess

Der Risikomanagementprozess umfasst alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Er teilt sich auf in die Einzelschritte Risikoerkennung, -bewertung, -messung, -berichterstattung, -steuerung und -kontrolle.

Im Rahmen einer Risikoinventur werden jährlich alle auf die Geschäftsbe-reiche und Funktionsbereiche der Sparkasse einwirkenden Risiken systematisch anhand von festgelegten Risikoindikatoren ermittelt und dem Risikokatalog zugeordnet.

Über eine Risikobewertung werden die wesentlichen Risiken der Sparkasse gewichtet. Die Bewertung erfolgt anhand einer Risikokennzahl, die sich aus den drei Merkmalen Eintrittswahrscheinlichkeit, mögliche Schadenshöhe und Beherrschbarkeit zusammensetzt. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Einordnung der Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos.

Für die Mehrzahl der Risikoarten sind Methoden zur Messung des Risikos festgelegt. Die Quantifizierung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich in einer GuV-

orientierten Sichtweise. Hier werden die Risiken danach beurteilt, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand der Sparkasse regelmäßig und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben schriftlich berichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind in Arbeitsanweisungen umfassend beschrieben.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig auf Effektivität und Effizienz überprüft. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht weitgehend eine personelle Funktionstrennung. Die sich aus der Risikokontrolle ergebenden Korrekturen fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden:

Die jährlich durchzuführende Risikoinventur einschließlich der Bewertung erfolgt dezentral in den für die Abwicklung der einzelnen Organisationsbereiche zuständigen Abteilungen. Die Bewertung der Risiken nach einheitlichen Bewertungsmaßstäben ist auf den Leiter der Abteilung „Unternehmenssteuerung/Controlling“ (Risikomanager) übertragen worden. Die Aktivitäten zur Messung, Steuerung und Überwachung der Risiken sind in der Abteilung "Unternehmenssteuerung/Controlling" zusammengefasst worden. Hier werden auch die Risiken der Sparkasse analysiert und quantifiziert, die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite überwacht und die Risikoberichterstattung erstellt.

Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich.

Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die Steuerung und Begrenzung aller wesentlichen Risiken wird aktuell über eine GuV-orientierte Risikotragfähigkeitsrechnung vorgenommen.

Die im Rahmen der Risikoinventur festgestellten Risiken ordnen wir folgenden Risikokategorien und -arten zu:



Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Als Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr von Ausfällen der im Rahmen des Kreditgeschäfts vertraglich zugesagten Leistungen durch den Ausfall eines Geschäftspartners sowie durch Wertminderungen der Forderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Verschlechterung der Bonität eines Geschäftspartners.

Der Vorstand der Sparkasse hat eine Risikostrategie für das Kreditgeschäft festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Kreditrisikostrategie werden zur Begrenzung von Einzelrisiken Kredithöchstgrenzen festgelegt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine angemessene Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften ist ein zweites Kreditvotum durch die vom Markt unabhängige Abteilung "Marktfolge Kredit" notwendig.

Die Limitierung, Steuerung und Überwachung des Gesamtkreditportfolios erfolgt auf der Grundlage von umfassenden Portfolioanalysen.

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Bonität einzelner Kreditnehmer werden jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Wir teilen unser Kreditgeschäft in zwei Gruppen auf: das Firmenkundenkreditgeschäft einschließlich des Kommunalkreditgeschäftes und das Privatkundenkreditgeschäft. Von den ausgewiesenen Forderungen an Kunden entfallen 23,4 % (Vorjahr: 24,0 %) auf das Geschäft mit den gewerblichen und kommunalen Kunden. Die Privatkundenkredite erreichen 65,2 % (Vorjahr: 66,2 %) unseres Portfolios. Hier liegt der Schwerpunkt bei der Wohnungsbaufinanzierung. Der Anteil der Weiterleitungsdarlehen ist leicht auf 11,4 % angestiegen, nach 9,9 % im Vorjahr.

Mit rd. 67,1 % des Kreditvolumens bilden die Bereiche Handel und Dienstleistungen gemäß Kreditrisikobericht per 31.12.2007 einen Branchenschwerpunkt im Firmenkundenkreditgeschäft.

Zur Beurteilung der Bonität der Kreditnehmer stützen wir uns auf die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelte Einzelbilanzanalyse. Außerdem wird das vom DSGV entwickelte einheitliche Ratingverfahren der Sparkassenorganisation für das gewerbliche Kreditgeschäft eingesetzt. Für gewerbliche Kunden mit geringem Obligo nutzen wir ein Verhaltensrating (Kleinstkundenrating). Die Bonitätsbeurteilung von Anträgen der Privatkunden zur Gewährung von Baufinanzierungen und Konsumentenkrediten erfolgt über das vom DSGV entwickelte Antragsscoring. Das Immobiliengeschäftsrating wird seit Mitte des Jahres 2007 eingesetzt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Firmenkunden, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir ein Verfahren zur Früherkennung von Kreditrisiken ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine frühzeitige Risikoidentifizierung ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung).

Die Bearbeitung der Problemkredite übernimmt gemäß den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen eine marktunabhängige Stelle.

In unseren Organisationsrichtlinien haben wir Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage die für die Kreditweiterbearbeitung zuständigen Stellen die Kreditengagements zu ermitteln haben, für die Risikovorsorgemaßnahmen in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich sind. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Die Innenrevision prüft die Vollständigkeit und Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen und Rückstellungen in umfangreichen Stichproben.

Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limitsysteme und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet.

Das Gesamtrisiko unseres Kreditgeschäfts zeigt sich gemäß des Kreditrisikoberichtes per 31.12.2007 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich erhöht. Nach unserer Risikoklassifizierung ist der Bestand der Kreditengagements in den Ratingklassen mit erhöhten Risiken, wie schon im Vorjahr, auf niedrigem Niveau.

Adressenausfallrisiko der Beteiligungen

Die Sparkasse ist am Kapital des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes beteiligt, dies ist auf die Pflichtmitgliedschaft zurückzuführen. Der WLSGV ist u. a. Träger von Beteiligungen an der Provinzial NordWest Versicherungsgruppe, der WestLB AG und der Landesbausparkasse LBS.

Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle Eigenanlagen in Form von Tages- und Termingeldanlagen, Schuldverschreibungen und Wertpapieren öffentlicher Emittenten, von Kreditinstituten und anderen Unternehmen. Das Adressenausfallrisiko definieren wir entsprechend dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft. Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise der Schuldverschreibungen und Wertpapiere ergeben.

In Rahmenbedingungen hat der Vorstand festgelegt, dass Handelsgeschäfte ausschließlich im Rahmen folgender Strategien abgeschlossen werden können: Geldhandelsgeschäfte werden in Form von Tages- und Termingeldanlagen zur Anlage liquider Mittel und zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements getätigt. Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds werden zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements und zur Verbesserung der Rentabilität vorgenommen. Die Anlage in Schuldscheindarlehen erfolgt zur Verbesserung der Rentabilität.

Der Bestand der bilanzwirksamen Eigenanlagen hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

	Buchwert	
	31.12.2007 Mio. EUR	31.12.2006 Mio. EUR
Termingelder	25,1	---
Schuldscheindarlehen	36,5	21,1
Schuldverschreibungen und Anleihen	135,0	171,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90,0	98,0
insgesamt	286,6	290,3

Zur Begrenzung von Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften haben wir Volumenslimite für einzelne Adressen festgelegt. Unter Berücksichtigung der gesamten Kurswerte und der ratingbasierten Ausfallwahrscheinlichkeiten werden die einzelnen Adressenrisiken zu einem Gesamtbetrag zusammengefasst.

Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken ist ein Risikolimit für das Handelsgeschäft festgelegt. Die Sparkasse hat sich als Nichthandelsbuchinstitut definiert.

Der Entscheidung zur Anlage in Schuldverschreibungen und Wertpapieren wird ein externes Rating zu Grunde gelegt. Nach den Rahmengrundsätzen des Vorstands ist grundsätzlich ein Mindestrating nach Moody's von Baa1 und nach Standard & Poor's von BBB+ erforderlich. Dieses gilt auch für Anlagen, die in dem Wertpapier-Spezialfonds verwaltet werden.

Die gesamten Eigenanlagen werden grundsätzlich nur im Investment-Grade-Bereich getätigt.

Das Länderrisiko ist für uns von untergeordneter Bedeutung.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, Letzteres mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen. Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Die für die Berechnungen notwendigen Risikoparameter werden von der WestLB AG zur Verfügung gestellt.

Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zu Grunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Stützbereich der Parameter sind die letzten 60 bzw. 200 Handelstage, wobei der jeweils kritischere Wert Berücksichtigung findet.

Vierteljährlich wird ein Worst-Case-Szenario durch Verlängerung der Haltedauer errechnet.

Die angewandten Risikoparameter werden vierteljährlich durch die WestLB AG einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung "Unternehmenssteuerung/Controlling" unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zur Handelsabteilung wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenrisiken und die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitungen ist vorgesehen, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der

Marktpreisrisiken entscheidet. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse.

Die Funktionstrennung zwischen Handel einerseits und Abwicklung, Rechnungswesen und Risikocontrolling andererseits ist nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Veränderung der Risikokennzahlen sowie der schwebenden Gewinne und Verluste unterrichtet.

Die Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich grundsätzlich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

Zinsänderungsrisiken

Das Zinsänderungsrisiko definieren wir als Risiko der Verminderung der Zinsspanne infolge von Marktzinsänderungen aufgrund von unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva (Zinsspannenrisiko).

Zur Planung, Steuerung und Kontrolle des Zinsänderungsrisikos der gesamten zinstragenden Geschäfte (Zinsspannenrisiko) erstellt die Sparkasse halbjährlich eine Simulationsrechnung unter Berücksichtigung von Tilgungen und auslaufenden Festzinsvereinbarungen sowie der variabel verzinslichen Positionen und deren Zinsanpassungselastizitäten über verschiedene Marktszenarien (dynamische Elastizitätsbilanz).

Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand halbjährlich unterrichtet.

Das ermittelte Zinsänderungsrisiko wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt und ist durch das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial abzuschirmen. Das Zinsspannenrisiko ist vor dem Hintergrund der Ertragslage der Sparkasse nicht unbedeutend.

Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht mehr nachkommen kann.

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken ist für liquide Anlagen ein Mindestbetrag von 25 Mio. € festgelegt worden, der nicht nachhaltig unterschritten werden darf.

Zur Sicherung ausreichender Liquidität halten wir neben einem ausreichenden Bestand von Tages- und Termingeldanlagen börsengängige festverzinsliche Wertpapiere, die im Rahmen des Pfandpoolverfahrens der Deutschen Bundesbank jederzeit beliehen werden können. Darüber hinaus steht die WestLB AG mit einer Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Neben der Liquiditätsplanung erfolgt arbeitstäglich eine Disposition der Zahlungsein- und -ausgänge.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bedeuten die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Prozessen, Menschen und Systemen oder durch elementare Schadensereignisse.

Personelle Risiken sollen durch die Begleitung der Arbeitsprozesse in Form von Arbeitsbeschreibungen und internen Kontrollen verringert werden. Weiterhin erfolgt im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems die Überprüfung der fachlichen Kompetenzen und charakterlichen Eigenschaften der Mitarbeiter. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch strukturierte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Zur Begrenzung rechtlicher Risiken werden geprüfte Vertragsmuster verwendet.

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung unseres IT-Notfallkonzeptes und der Sicherheit der DV-Systeme.

Drohende Elementarschäden sind, soweit möglich, versichert. Die Angemessenheit dieser Versicherungen wird jährlich überprüft.

Für Notfall- und Katastrophensituationen bestehen Alarm- und Räumungspläne für die Sparkassenzentrale und die Geschäftsstellen.

Bekannt gewordene Schadensfälle werden systematisch in einer Schadensfalldatenbank gesammelt und ausgewertet. Der Vorstand wird regelmäßig über die aufgetretenen Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen informiert.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Basis für die Limitierung von Einzelrisiken ist die GuV-orientierte Risikotragfähigkeitsrechnung. Berücksichtigung finden hier Risikomesszahlen für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko zuzüglich eines Risikozuschlages. Das Zinsänderungsrisiko wird über das Zinsspannenrisiko aus der dynamischen Fristenablaufbilanz berücksichtigt, für operationelle Risiken wird ein Pauschalbetrag angesetzt. Der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung liegt als Leitlinie die Vermeidung eines Verlustausweises zu Grunde. Für die Risikodeckungsmasse werden das prognostizierte Jahresergebnis vor Steuern und Teile der Vorsorgereserven herangezogen.

Der Risikomanager erstellt jährlich einen Risikogesamtbericht, der dem Vorstand vorgelegt wird. Der Risikogesamtbericht ist eine zusammenfassende Darstellung und Würdigung aller wesentlichen Einzelrisiken einschließlich einer Bewertung der Gesamtrisikosituation der Sparkasse. Der Risikogesamtbericht enthält eine GuV-orientierte Risikotragfähigkeitsrechnung.

Der Risikogesamtbericht und die zur Risikominderung vorgesehenen und eingeleiteten Maßnahmen werden dem Verwaltungsrat vom Vorstand vorgestellt und erläutert.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung der Sparkasse zeigt, dass die Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben ist.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Sparkasse musste nach dem Bilanzstichtag 31.12.2007 im Februar 2008 3,7 Mio. € an zusätzlichem Verwaltungsaufwand zu Lasten des Jahresergebnisses 2007 buchen. Dieser Aufwand steht im Zusammenhang mit dem Kapital- und Bewertungsbedarf der WestLB AG per 31.12.2007 aus fehlgeschlagenen Differenzgeschäften und abzuwertenden subprime-Forderungen. Die Eigentümer der Bank sowie die Gremien des Verbandes haben entschieden, dass die WLSGV-Sparkassen ihren Anteil an den beschlossenen Stützungsmaßnahmen für die WestLB AG zu Lasten des 2004 aufgelegten Reservefonds aufbringen. Aufgrund unserer in dieser Sache anhängigen Klage wird die bisherige Rückstellung auch um den Betrag von 3,7 Mio. € erhöht.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Waren die wichtigsten Sachverständigen und die Wirtschaftsweisen im IV. Quartal des Vorjahres noch optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in 2008, verflüchtigte sich die Einschätzung im Januar dieses Jahres und machte einer spürbaren Zurückhaltung Platz. Die Konjunkturprognosen wurden von den Regierungen und vom Sachverständigenrat zurückgenommen, denn man sieht in dem Dollarkurs, den Energiepreisen und den subprime-Auswirkungen erhebliche Risiken für die Zukunft.

Für die Sparkasse gehen wir davon aus, dass sich in unserer Region die geschäftlichen Möglichkeiten mit den Privatkunden etwas abschwächen, im gewerblichen Geschäft dürfte sich die positive Entwicklung der zweiten Jahreshälfte 2007 fortsetzen.

Bilanzsumme

Aufgrund der budgetierten Geschäftsvolumina wird sich die durchschnittliche Bilanzsumme 2008 um 1,4 % erhöhen. Für das Jahr 2009 gehen wir von einer Steigerungsrate zwischen 1,5 % und 2,0 % aus.

Kreditgeschäft

Wir rechnen im Jahr 2008 mit einem Zuwachs von 2,1 % bei den Forderungen an Kunden. Dabei gehen wir im privaten und gewerblichen Bereich von Steigerungen um je 3,5 Mio. € aus; das gesamte Bruttoneugeschäft soll 50,0 Mio. € betragen. Die Schwerpunkte sehen wir wieder bei den privaten Wohnungsbaudarlehen und den sonstigen gewerblichen Krediten für Investitionszwecke. Für das Jahr 2009 gehen wir davon aus, dass sich das Wachstum auf moderatem Niveau weiter fortsetzen wird.

Wir gehen auch davon aus, dass der Wettbewerb um die guten Kreditnehmeradressen weiterhin äußerst intensiv bleiben wird und weitere Zinszugeständnisse erfordert.

Einlagengeschäft

Für dieses Geschäftsfeld planen wir im Jahr 2008 einen Zuwachs von 6,0 % auf 570,0 Mio. €. Durch ansprechende Konditionsgestaltung sollen die hohen Fälligkeiten vom Anfang des Jahres wieder angelegt und neue Einlagen gewonnen werden. Für das Folgejahr 2009 erwarten wir einen weiteren, jedoch nicht so starken Anstieg der bilanzwirksamen Einlagen.

Dienstleistungsgeschäft

Für 2008 und 2009 planen wir den Umsatz und die Erträge etwa auf Vorjahresniveau, rechnen bei dem Kundenwertpapiergeschäft jedoch mit einem Provisionsrückgang.

Finanzlage

Es sind keine größeren oder besonderen Investitionen in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 zu erwarten.

Das Wachstum im Kredit- und Darlehensbereich soll aus neuen Kundeneinlagen refinanziert werden.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2008 wird es zu einem weiteren Rückgang der Zinsspanne kommen; der konditionsbedingte Wettbewerb und die Struktur der kurz-, mittel- sowie langfristigen Zinsen lassen nichts anderes erwarten.

Die subprime-bedingten Unsicherheiten halten weiter an, so dass weder die Haltung noch die Maßnahmen der Zentralbanken im weiteren Verlauf dieses Jahres einschätzbar sind. Insofern ist unsere Planung für das laufende Jahr besonderen Unsicherheiten ausgesetzt, eine steilere Zinsstrukturkurve und höhere langfristige Zinsen wären für die Stärkung der Zinsspanne sehr hilfreich.

Provisionsüberschuss und Sachaufwand dürften relativ stabil sein. Unklar ist jedoch die Entwicklung der Personalkosten, da die Ergebnisse und Auswirkungen der z. Z. laufenden Tarifaueinandersetzung noch nicht berechenbar sind.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird insbesondere aufgrund der Entwicklung der Zinsspanne auf 7,9 Mio. € zurücklaufen und damit deutlich unter dem von 2007 bleiben. Für 2009 gehen wir von einem gegenüber 2008 verbesserten Ergebnis aus.

Die Prognose des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ist grundsätzlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Im letzten Jahr hat sich der Bestand an Krediten mit akuten Risiken etwas erhöht. Die sich stabilisierende Konjunktur dürfte allerdings dazu beitragen, dass Risikovorsorgemaßnahmen die Ertragslage nicht wesentlich belasten.

Nicht vorhersehbare negative Entwicklungen einzelner Kreditnehmer können jederzeit zu einem nennenswerten Risikovorsorgebedarf führen. Eine Quantifizierung ist hier nicht möglich. Andererseits kann eine positive Entwicklung bereits wertberechtigter Kreditengagements einen günstigen Einfluss auf das Bewertungsergebnis haben.

Nach der Sonderbelastung 2007 in Sachen WestLB AG wird der Jahresüberschuss 2008 voraussichtlich unter dem Niveau des Jahres 2006 liegen. Im Jahr 2009 erwarten wir aufgrund einer verbesserten Ertragslage einen höheren Jahresüberschuss.

Insgesamt gehen wir von einer positiven Entwicklung im bilanziellen und außerbilanziellen Geschäft aus. Die Ertragslage im laufenden Jahr hingegen wird durch die dargestellten Ursachen belastet.

STADTSPARKASSE RHEINE
DER VORSTAND

Tilly

Buschkühle

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat nahm im Berichtsjahr seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahr. Der Vorstand der Sparkasse unterrichtete den Verwaltungsrat in insgesamt neun Sitzungen regelmäßig über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse.

Die Geschäftsführung des Vorstands wurde durch den Verwaltungsrat überwacht, und er fasste die in seiner Zuständigkeit liegenden Beschlüsse.

Die Prüfungsstelle des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbands prüfte den vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2007. Der Verwaltungsrat wurde ausführlich über den Ablauf und das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Die Prüfungsstelle hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss 2007 fest und billigte den Lagebericht des Vorstands.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsam geleistete engagierte Arbeit. Sie trug wesentlich zum Erfolg des Geschäftsjahrs 2007 bei.

Rheine, 14. März 2008

Josef Wilp

vorsitzendes Mitglied
des Verwaltungsrats

Jahresabschluss



zum 31. Dezember 2007

der	Stadtsparkasse Rheine
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Münster (Westf.)

	EUR	EUR	EUR	31.12.2006 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		9.283.255,11		7.132
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		10.103.895,79		11.168
			19.387.150,90	18.300
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		493
			-,-	493
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		25.415.156,56		52.432
b) andere Forderungen		61.711.280,21		21.073
			87.126.436,77	73.505
4. Forderungen an Kunden			615.724.251,34	605.503
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	396.138.063,78 EUR			(384.396)
Kommunalkredite	10.796.766,73 EUR			(13.819)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			(-)
		-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	16.455.505,46			32.128
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	6.568.196,72 EUR			(22.045)
bb) von anderen Emittenten	118.585.123,88			139.057
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	118.585.123,88 EUR	135.040.629,34		171.185
				(139.057)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-		-
Nennbetrag	-,- EUR			(-)
			135.040.629,34	171.185
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			90.001.508,04	98.031
7. Beteiligungen			8.880.150,00	9.053
darunter:				
	-,- EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			112.650,00	113
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR			(-)
9. Treuhandvermögen			372.266,25	434
darunter:				
Treuhandkredite	372.266,25 EUR			(434)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			248.267,00	267
12. Sachanlagen			10.710.004,53	11.790
13. Sonstige Vermögensgegenstände			6.521.189,19	4.788
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.273.403,21	988
Summe der Aktiva			975.397.906,57	994.450

	EUR	EUR	EUR	31.12.2006 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		7.655.169,27		9.389
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>344.369.996,89</u>		<u>361.466</u>
			352.025.166,16	<u>370.855</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	215.468.912,29			275.690
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>5.298.780,25</u>			<u>5.011</u>
b) andere Verbindlichkeiten		<u>220.767.692,54</u>		<u>280.701</u>
ba) täglich fällig	177.626.365,67			169.169
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>139.776.988,17</u>			<u>90.506</u>
		<u>317.403.353,84</u>		<u>259.675</u>
			538.171.046,38	<u>540.376</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>6.212.951,04</u>		<u>9.917</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:			6.212.951,04	9.917
Geldmarktpapiere	-,-, EUR			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-, EUR			(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			372.266,25	434
darunter: Treuhandkredite	372.266,25 EUR			(434)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			1.148.939,91	1.109
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.517.854,30	1.352
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>5.743.407,00</u>		<u>5.671</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) andere Rückstellungen		<u>7.477.193,42</u>		<u>3.345</u>
			13.220.600,42	9.016
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.223.505,47	7.224
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-, EUR			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			6.500.000,00	5.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	47.444.044,93			45.796
cb) andere Rücklagen	<u>1.539.493,21</u>			<u>1.539</u>
		<u>48.983.538,14</u>		<u>47.335</u>
		<u>22.038,50</u>		<u>1.832</u>
			49.005.576,64	<u>49.167</u>
Summe der Passiva			975.397.906,57	994.450
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>15.234.833,71</u>		<u>13.731</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			15.234.833,71	13.731
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>15.374.176,73</u>		<u>18.313</u>
			15.374.176,73	<u>18.313</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	EUR	EUR	EUR	2006 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	38.386.688,05			36.134
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>6.178.040,31</u>			<u>6.796</u>
		44.564.728,36		42.930
2. Zinsaufwendungen		<u>28.206.772,09</u>		<u>25.228</u>
			16.357.956,27	17.702
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.411.316,72		4.684
b) Beteiligungen		<u>223.603,53</u>		<u>121</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>60.176,32</u>		<u>65</u>
			3.695.096,57	4.870
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,--	-
5. Provisionserträge		<u>6.032.993,16</u>		<u>5.997</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>388.938,02</u>		<u>401</u>
			5.644.055,14	5.596
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,--	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			747.208,56	785
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
			26.444.316,54	28.953
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	8.018.750,58			8.606
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>2.695.794,05</u> <u>(1.060.275,19)</u>			<u>3.352</u> <u>(1.701)</u>
		10.714.544,63		11.958
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>8.169.286,54</u>		<u>4.734</u>
			18.883.831,17	16.692
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.412.752,17	1.385
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			199.581,29	180
13. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.500.000,00	2.500
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>2.113.185,48</u>		<u>1.941</u>
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,--		-
			2.113.185,48	1.941
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>585.307,84</u>		<u>2.281</u>
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,--		-
			585.307,84	2.281
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,--	-
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.749.658,59	3.974
21. Außerordentliche Erträge		-,--		-
22. Außerordentliche Aufwendungen		-,--		-
23. Außerordentliches Ergebnis			-,--	-
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.712.283,07		2.116
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>15.337,02</u>		<u>26</u>
			1.727.620,09	2.142
26. Jahresüberschuss			22.038,50	1.832
27. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,--	-
			22.038,50	1.832
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) aus anderen Rücklagen		-,--		-
			22.038,50	1.832
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) in andere Rücklagen		-,--		-
			-,--	-
30. Bilanzgewinn			22.038,50	1.832

Anhang

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt. Wechsel werden abgezinst mit den Hereinnahmesätzen ausgewiesen.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Soweit die Gründe für vorgenommene Wertberichtigungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag TEUR 36.000 (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Bestand. Die variable Verzinsung der kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen ist an die Differenz zwischen zwei Referenz-Swap-Sätzen gekoppelt bzw. mit einer Stufenzinsvereinbarung und einem Schuldnerkündigungsrecht ausgestattet.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die Kurswerte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Für die Wertpapiere des Anlagevermögens wurde aufgrund der Absicht, diese bis zur Endfälligkeit in Dauerbesitzabsicht zu halten, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, Abschreibungen auf die steuerlich anerkannte Bewertungsuntergrenze zu beschränken. Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 3.654 vermieden werden. Soweit aufgrund der Kursentwicklung die Gründe für die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen auf den höheren Kurswert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen bis zum Zeitwert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Dabei orientieren wir uns grundsätzlich an der von der Finanzverwaltung vorgegebenen Nutzungsdauer; für Mobilien an den sog. Abschreibungstabellen, für Immobilien an § 7 EStG. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude werden degressiv abgeschrieben.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden - soweit steuerrechtlich zulässig - degressiv abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode überzugehen, wenn dies zu höheren Abschreibungen führt.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des Betrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von 4 % ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet. Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Produkte für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 340h HGB.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 46.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf / Münster, sind in den nebenstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2007 TEUR	31.12.2006 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	80.083	66.466
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.650	19.001

Wertpapiere

Aufteilung der in den nebenstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich fast durchgängig um Emissionen von Kreditinstituten.

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	135.041	135.041	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(104.962)	(104.962)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.002	13.517	76.485
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(3.579)	(3.579)	(-)

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in den nebenstehenden Aktivposten enthalten:

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

	31.12.2007 TEUR	31.12.2006 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	104.962	125.623
beizulegender Wert	101.487	124.056
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	3.579	-
beizulegender Wert	3.400	-

Finanzanlagevermögen

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

	Buchwert	
	31.12.2007	31.12.2006
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	104.962	125.623
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	21.081	27.985
Beteiligungen	8.880	9.053
Anteile an verbundenen Unternehmen	113	113
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2007 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2007	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.07	Buchwert 31.12.06
1. Immaterielle Anlagewerte	327	105	-	(124)	184	248	267
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	20.965	11	-	(705)	11.528	9.448	10.142
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.214	206	625	(584)	9.533	1.262	1.648
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 9.378 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2007 TEUR	31.12.2006 TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	1.147	926
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	272	364
Agio aus Verbindlichkeiten	1	6

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2007 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.579	3.846

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	53.004

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unten aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	Außerordentliches Kündigungsrecht
1.000	EUR	4,50	07.04.2009	nein
3.600	EUR	3,25	25.11.2010	nein

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt TEUR 2.576, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,18 % und eine Laufzeit von 6 Jahren. Davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, keine Beträge fällig.

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von TEUR 276 angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	153	170	174	174
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125	153	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2008 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	25.000	-	21.000	15.000		
4. Forderungen an Kunden	8.326	32.786	166.108	376.286	32.306	
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.879	2.359	153.417	159.152		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	433	2.494	2.248	124		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	76.895	42.552	18.743	184		

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

In einer Ad-hoc-Mitteilung nach § 15 WpHG hat die WestLB AG am 21.01.2008 mitgeteilt, dass sie nach derzeitigem Stand im Rahmen der noch andauernden Jahresabschlussarbeiten davon ausgeht, dass der Jahresverlust im Konzern für 2007 ungefähr EUR 1 Mrd betragen wird. Zusätzlich erwartet der Vorstand, dass aufgrund der aktuellen Portfolio-Bewertung annähernd EUR 1 Mrd als nicht dauerhafte Wertminderung berücksichtigt werden muss. Der Reservefondsausschuss des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes hat daraufhin beschlossen, aufgrund der aktuellen Situation der WestLB AG Hilfen in einer Höhe von bis zu EUR 500 Mio zu gewähren. Die Sparkasse hat dem bestehenden ungewissen Risiko bilanziell Rechnung getragen und eine Rückstellung in Höhe des rechnerisch auf sie entfallenden Betrages gebildet. Diese Rückstellung belastete den Sachaufwand des Berichtsjahres mit EUR 3,7 Mio (Gewinn- und Verlustrechnung Pos. 10 b).

D. SONSTIGE ANGABEN

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr Devisentermingeschäfte abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Die Geschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Es erfolgen unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte, so dass hieraus offene Positionen nicht entstehen.

Zur Sicherung der sich aus einzelnen Festzinspositionen ergebenden Zinsänderungsrisiken wurden Forward Rate Agreements (Micro-Hedges) abgeschlossen.

	Nominalbeträge		
	Insgesamt	Handels-geschäfte	Deckungs-geschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	72	36	36
Zinsrisiken			
Forward Rate Agreements	35.000	-	35.000

Beizulegende Zeitwerte derivativer Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegende Zeitwerte beizumessen:

	Beizulegende Zeitwerte		
	Sicherungsgeschäfte		Handels-geschäfte
	Micro-Hedge	Macro-Hedge	
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	-2	-	2
Zinsrisiken			
Forward Rate Agreements	1.212	-	-

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von der EZB veröffentlichten Referenzkursen bewertet. Für die Forward Rate Agreements wurden die beizulegenden Zeitwerte über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cash-Flows) unter Berücksichtigung von Pfandbriefrenditen ermittelt.

Wir haben die negativen und positiven Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente gleicher Art verrechnet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle 3 Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen betrugen in 2007 TEUR 568.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2006 hätte die Ausgleichszahlung EUR 16,1 Mio betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2007 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2008 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Umlagen

Zu erhobenen Umlagen des WLSGV im Zusammenhang mit Kapital- und weiteren Maßnahmen zur Stabilisierung bzw. Stützung der WestLB AG im Jahr 2004 vertreten wir die Rechtsauffassung, dass diese Anforderungen nicht durch das Satzungsrecht des Verbandes gedeckt sind. Trotzdem haben wir in den Jahren 2004 und 2005 diese Umlagen unter Vorbehalt geleistet. Im Jahr 2006 haben wir ein Rechtsgutachten bei einer renommierten Verwaltungsrechtlerin, Frau Prof. Dr. M. Böhm, Philipps-Universität, Marburg, in Auftrag gegeben; dieses unterstützt voll umfänglich unsere Rechtsauffassung. Die unter Vorbehalt geleisteten Umlagen haben wir bereits im Jahr 2006 zurückgefordert, eine Rückerstattung dieser Beträge ist bislang jedoch nicht erfolgt. Weiter eingeforderte Umlagen für 2006 und 2007 haben wir nicht mehr geleistet.

Im September 2007 erklärte der WLSGV hinsichtlich der strittigen Umlageforderungen aus den Jahren 2006 und 2007 die Aufrechnung mit unbestrittenen Verbindlichkeiten des Verbandes gegenüber der Stadtsparkasse Rheine im Zusammenhang mit der Verzinsung der Beteiligung am Stammkapital für das Jahr 2006 bzw. aus der Herabsetzung des Stammkapitals des Verbandes.

Im Dezember 2007 haben wir beim Verwaltungsgericht Münster eine Klage eingereicht mit dem Ziel festzustellen, dass die Beschlüsse der Verbandsversammlungen im Jahre 2004 hinsichtlich der Kapitalmaßnahmen bei der WestLB AG sowie über die Bildung eines Reservefonds, soweit dies zu unseren Lasten geht, unwirksam sind. Gleichzeitig haben wir hinsichtlich der unter Vorbehalt geleisteten Zahlungen für die Jahre 2004 und 2005 Zahlungsklage erhoben.

Unsere aus den unter Vorbehalt geleisteten Umlagen für die Jahre 2004 und 2005 resultierende Forderung auf Rückerstattung ist dem Grunde nach strittig. Unabhängig von unserer gegenteiligen Rechtsauffassung haben wir, dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip folgend, in unserem Jahresabschluss 2007 unverändert die Forderung auf Rückerstattung gegen den Verband mit einem Erinnerungsposten in die Bilanz eingestellt. Es bleibt selbstverständlich vorbehalten, die Bewertung im Falle eines erstinstanzlichen, für uns positiven Urteils zu korrigieren.

Aus den gleichen Gründen haben wir gemäß § 249 Abs. 1 HGB eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den von uns für die Jahre 2006 und 2007 geforderten, aber nicht geleisteten Umlagen gebildet. Ebenso haben wir für die drohende Umlage aufgrund der Erklärung des Reservefondsausschusses, der WestLB AG kurzfristig Hilfen in einer Höhe bis zu EUR 500 Mio zu gewähren, im Zusammenhang mit der Auffüllung des Reservefonds eine Rückstellung nach dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip gebildet (vgl. unsere Ausführungen unter den "Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen"); eine zu erwartende Umlaganforderung sehen wir ebenfalls nicht durch das Satzungsrecht des Verbandes gedeckt.

Die seitens des WLSGV im Wege der Aufrechnung einbehaltenen Ausschüttungsbeträge aus der Verzinsung der Beteiligung am Stammkapital sowie aus der Herabsetzung des Stammkapitals des Verbandes haben wir mit ihren Nominalbeträgen (ohne den auf die Sparkasse entfallenden Ausschüttungsanteil, der die WestLB AG betrifft) als Forderung gegen den Verband in die Bilanz eingestellt.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 228 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2007 TEUR 2.671.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2007 Kredite in Höhe von TEUR 76 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 2.990 gewährt.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Sparkassenorgane

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von TEUR 25. Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB, weil sich aus einer solchen Angabe die Bezüge eines einzelnen Vorstandmitgliedes annähernd verlässlich ableiten lassen.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2007	2006
Vollzeitkräfte	142	149
Teilzeit- und Ultimo- kräfte	77	80
	219	229
Auszubildende	17	17
Insgesamt	236	246

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Josef Wilp Rektor a. D., MdL

Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Günter Thum Oberstleutnant a. D.
Horst Dewenter Technischer Lehrer a. D.

Mitglieder

Horst Dewenter Technischer Lehrer a. D.

Norbert Dörnhoff Leiter des Kinderheimes des Caritasverbandes Rheine

Hermann-Josef Kohnen Technischer Angestellter in der Energieversorgung

Bernhard Heeke Betriebsprüfer beim Bundesamt für Güterverkehr

Paul Willers Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich

Udo Mollen Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW

Jürgen Roscher Polizeibeamter

Günter Thum Oberstleutnant a. D.

Michael Reiske Beamter bei einer Kommune

Stv. Mitglieder

Marianne Helmes Hausfrau

Raphael Bögge Student

José Azevedo Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen

Ludger Winnemöller Lokführer bei einer Eisenbahngesellschaft

Theodor Pompey Selbstständiger Unternehmensberater

Elisabeth Lietmeyer Selbstständige Architektin

Dietmar Ostermann Polizeibeamter

Falk Toczowski Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten

Silke Friedrich Hausfrau
(bis 03.09.2007)

Rainer Ortel Lehrer
(ab 04.09.2007)

Mitarbeitervertreter

Johannes Hennigfeld Sparkassenangestellter

Wilfried Grotke Sparkassenangestellter

Manfred Wessels Sparkassenangestellter

Klaus Helmich Sparkassenangestellter

Herbert Berlekamp Sparkassenangestellter

Stv. Mitarbeitervertreter

Claudia Voß Sparkassenangestellte

Franz Pohl Sparkassenangestellter

Günter Göcke Sparkassenangestellter

Ralf Viefhues Sparkassenangestellter
(bis 30.09.2007)

Günter Heeke Sparkassenangestellter
(ab 06.11.2007)

Michael Linde Sparkassenangestellter

Beratende Teilnahme

Dr. Angelika Kordfelder Hauptamtliche Bürgermeisterin

Vorstand

Armin Tilly Vorsitzender

Hans-Jörg Buschkühle Mitglied

Rheine, 18. Februar 2008

Der Vorstand

Tilly
Sparkassendirektor

Buschkühle
Sparkassendirektor

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 14. März 2008

Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband

- Prüfungsstelle -

Menke
Wirtschaftsprüfer